ULRIKE HASS-ZUMKEHR

Die Weimarer Reichsverfassung – Tradition, Funktion, Rezeption

Abstract

Zunächst werden die absolutistischen Traditionen der Textsorte skizziert, die sich auf demokratische Verfassungen, insbesondere auf das Sprecher-Hörer-Verhältnis, komplizierend auswirken. Zu den überlieferten juristischen Funktionen treten in der Weimarer Reichsverfassung erstmals explizit auch politische und gesellschaftlich-symbolische Funktionen, deren Berechtigung im Verfassungsausschuss des Jahres 1919 anhand eines Textvorschlags von Friedrich Naumann kontrovers diskutiert wurde. Juristische und gesellschaftliche Rezeption eines Verfassungstextes mit einer entsprechend einseitigen Gewichtung der Textfunktionen treten damals und in der BRD nach 1945 zunehmend auseinander, so dass Verständnis und Bedeutung der Verfassung als säkularer Bibel in die Formulierung der neuen Länderverfassungen nach 1990 eingehen.

Vorbemerkung

Dass zu einer Sprachgeschichte, die zur Zeitgeschichte hin offen und nicht allein auf Systemwandel ausgerichtet ist, auch die einordnende Untersuchung konkreter Einzeltexte gehört, steht außer Frage. Dennoch bedarf die Auswahl bestimmter Texte einer sprachhistorischen Begründung, die die Frage beantwortet, ob ein historisch wichtiger Text zugleich – quasi automatisch – ein sprach-historisch wichtiger Text ist. Der hier zur Debatte stehende Einzeltext, die Weimarer Reichsverfassung von 1919, ist von Historikern und Juristen ausführlichst kommentiert, bewertet und in die gesellschaftshistorische Entwicklung unseres Jahrhunderts eingeordnet worden – was soll darüberhinaus eine sprachwissenschaftliche Untersuchung an Erkenntnissen noch bringen?

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass einem historisch wichtigen Text nicht nur eine aus der historischen Bedeutung abgeleitete sprachgeschichtliche Bedeutung entspricht, die sich mittels einer linguistischen Beschreibung nachzeichnen ließe. Dabei käme zum Beispiel heraus, dass sich der Bezug auf die politische Tradition etwa der Paulskirche von 1849, den die

Autoren der Weimarer Verfassung immer wieder ausdrücklich hergestellt haben, auch in der Textstruktur und im Wortschatz spiegelt. Aber die Geschichtsschreibung ist auf eine solche Bestätigung bzw. Spiegelung ihrer Kenntnisse aus sprachwissenschaftlicher Sicht nicht angewiesen, so dass letztere schon etwas Neues und historisch unmittelbar Wichtiges zu Tage fördern sollte, wenn sie den Anspruch zeithistorischer Relevanz nicht aufgeben will. Ich möchte am Beispiel der Weimarer Verfassung zeigen, dass vielmehr umgekehrt sogar die historische Bedeutung eines Textes wesentlich von den sprachlichen Funktionen abhängen kann, die ihm einerseits von den Autoren, andererseits von den Rezipienten zugewiesen werden.

Die Weimarer Verfassung ist das Produkt einer kollektiven Formulierungsleistung, wenn man unter Formulierung die Verbalisierung bestimmter Intentionen mit Elementen des textuellen, stilistischen, syntaktischen und lexikalischen Inventars auf der Grundlage überdurchschnittlich reflektierter Auswahlentscheidungen versteht. Damit bündelte und präformierte die Weimarer Verfassung viele Kommunikationsprozesse oder „Diskurse“, in denen die Bedeutung eines Verfassungstextes für die Gesellschaft schlechthin diskutiert, reflektiert und – wie ich zeigen möchte – mit historisch weitreichenden Folgen verändert wurde. Diese besondere Intertextualität der Weimarer Verfassung bewirkte einen Wandel des Konzepts einer juristisch wie politisch herausgehobenen Textsorte, und zwar in einer Weise, die sich noch in den heutigen bundesdeutschen Verfassungen nachweisen lässt.

Die Materialbasis dieses Beitrags umfasst die öffentliche Verfassungsdiskussion von Januar bis August 1919, d. h. auch exemplarisch ausgewählte Presse- und allgemein adressierte Juristentexte dieser und der Folgezeit. Das Institut für deutsche Sprache verfügt bisher noch nicht über ein entsprechendes maschinenlesbares Korpus der öffentlich-politischen Textwelt des frühen 20. Jahrhunderts, wie ja überhaupt diese Epoche sprachgeschichtlich kaum erforscht ist.

Traditionen

Die Textsorte Verfassung im Deutschen ist funktional, aber auch strukturell nach wie vor von zwei absolutistischen Traditionen geprägt. Zum einen ging sie aus Erlassen souveräner Fürsten gegenüber ihren Untertanen hervor – insofern waren Verfassungen immer schon deklarative, rechtskonstituierende und damit wirklichkeitsschaffende Handlungen. Diese juristische Funktion hat nicht nur historische Priorität, sondern stellt die bis heute zentrale und primäre Textfunktion dar, auf die die später hinzukommenden Funktionen angewiesen sind: Nur aufgrund der rechtlichen Verbindlichkeit selbst für die sonstige Gesetzgebung erhält ein Verfassungstext das höchste soziale Prestige, das ein Text in literalen säkularen Gesellschaften haben kann.

Die absolutistischen Erlasse änderten sich entscheidend im Konstitutionalismus, als es den Herrschern aus meist finanziellen Motiven opportun erschien, sich selbst den Untertanen gegenüber durch einen veröffentlichten Text zu verpflichten: Die konstituierte und deklarierte Ordnung erhielt jetzt aus der Sicht des monarchischen Sprechers kommissiven Charakter. In der Bayerischen Verfassung von 1818 z. B. wird diese Perspektive noch ganz explizit formuliert:

„Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern. Von den hohen Regentenpflichten durchdrungen und geleitet, haben Wir Unsere bisherige Regierung mit solchen Einrichtungen bezeichnet, welche Unser fortgesetztes *Bestreben*, das Gesamtwohl Unserer Unterthanen zu befördern, *beurkunden*. [...] Die gegenwärtige Acte ist [...] das Werk Unseres ebenso freyen als festen Willens. – Unser Volk wird in dem Inhalte desselben die kräftigste *Gewährleistung* Unserer landesväterlichen Gesinnungen finden. [...] Baiern! – Dies sind die Grundzüge der aus Unserm freyen Entschlusse euch gegebenen Verfassung, – sehet darin die *Grundsätze eines Königs*, welcher [...]“.¹

Zu der kommissiven Deklaration einer juristischen und administrativen Grundordnung kam die Verpflichtung der Untertanen auf bestimmte Leistungen und Verhaltensweisen, und die Selbstverpflichtung des Souveräns, den Untertanen nicht nur eine Ordnung, sondern auch gewisse Rechte zu garantieren. Vor allem letztere haben als Konkretisierung der seit der frühen Neuzeit tradierten Menschen- und Grundrechtsideen² die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich gezogen. Für sie liegt hier, in den kommissiven Akten des Herrschers, die Substanz jeder Verfassung, während sie für die staatliche Administration bei den Deklarativa, d. h. im Ordnungsstatut liegt.

Der zweite Traditionsstrang, an den die deutschen Verfassungen des 20. Jahrhunderts anknüpfen, sind die Verträge sich verbündender Fürsten, etwa die *Deutsche Bundes-Acte* von 1815 oder die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867.³ Der Zweck dieser Bündnisse war relativ eng umgrenzt; eine gesamtgesellschaftliche Ordnung wurde jedenfalls nicht festgesetzt. Sprecher und Hörer trennt hier kein Machtgefälle und kein Standesunterschied; Selbst- und Fremdverpflichtung halten sich die Waage; Untertanen sind eher Redegegenstand als Adressatengruppe und werden höchstens mittelbar angesprochen. Dafür besaßen die Bundesstaaten je eigene Verfassungen und Verfassungstraditionen, oft mit Grundrechtselementen.

Während der erste Traditionsstrang, bei dem die Sprecherrolle vom Herrscher, die Hörerrolle vom Untertanenverband besetzt ist, vor allem in

¹ Zit. n. Huber 1961/1978, S. 155 f. Hervorhebungen UHZ.

² Vgl. Hattenhauer 1994; Grimm 1988, S. 17.

³ So gesehen kann man die Goldene Bulle (1356), die Vereinbarung der deutschen Kurfürsten über die Kaiserwahl als frühesten Verfassungstext des zweiten Traditionsstrangs auffassen.

den Länderverfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts weiterentwickelt wurde, blieb der zweite Traditionsstrang, bei dem die Staatsbürger Objekt, allenfalls mittelbarer Adressat der Rede sind, bei den deutschen Nationalverfassungen dominant. Der Präambelsatz der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 hat die Reihe der sich verbündenden Majestäten in der dritten Person Plural zum Subjekt, von denen es dann heißt:

„[...] schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben“⁴

Sowohl bei den Verfassungen auf Länder- wie bei denen auf Bundesstaats-ebene wurde beim historischen Übergang vom Absolutismus zur parlamentarischen Demokratie die tradierte Polarisierung von Sprecher und Adressaten, von Souverän und Bürgern beibehalten und damit eine äußerst schwierige Kommunikationssituation geschaffen: Der die Sprecherrolle besetzende Souverän und der angeredete Staatsbürgerverband fallen jetzt in der Form eines komplizierten Repräsentationsverhältnisses zusammen, bei dem Verfassungsausschüsse und Nationalversammlungen die Autorschaft besitzen, ohne eigentlich Subjekt der Texthandlungen zu sein. In Demokratien ist das Staatsbürgervolk sprechender Souverän und angesprochener Gesetzes-Untertan zugleich. Damit droht das Subjekt der kommissiven und der direktiven Handlungen einerseits in dem abstrakten Konzept des Staates⁵ oder der „Reichsgewalt“ (1849) zu verschwinden⁶, andererseits bleiben in der Sicht der Bürger Merkmale des Konzepts des monarchischen Herrschers im Konzept des Staates erhalten⁷, dem sie sich folglich gegenübergestellt sehen. Lediglich für die deklarative Funktion einer Verfassung ändert sich beim Übergang von der Monarchie zum Parlamentarismus und beim Wechsel in der Formulierung des Sprecher-Adressaten-Verhältnisses nichts.

In Präambel und vielen Artikeln der ersten nationalen demokratischen Verfassung von 1849 wird das Problem der unklaren Sprecher-Hörer-Kon-

⁴ Zit. n. Huber 1961/1986, S. 385.

⁵ Dies traf schon für den Konstitutionalismus zu, der erstmals eine Trennung zwischen dem Staat und der Person des Fürsten vornahm; vgl. Apelt 1964, S. 12.

⁶ Sogar in der staatsrechtlichen Theorie wurde noch nach 1871 lange und kontrovers diskutiert, „ob die Souveränität als höchste Entscheidungsmacht auf den Gesamtstaat übergegangen oder bei den Gliedstaaten verblieben sei, oder ob gar eine Teilung dieser Souveränität stattgefunden habe.“ (Apelt 1964, S. 10).

⁷ Busse (1992, S. 116) spricht von „einer unbewußten Übertragung der Staatstechnik absolutistischer Monarchien, wo das staatlich-gesellschaftliche ‘Dürfen’, ‘Nicht-Dürfen’ und ‘Müssen’ noch wirklich ein Befehl des ‚l’état c’est moi‘- Herrschers war.“

stellation deutlich, wo die Verfasser etwa auf das Textsubjekt „Nationalversammlung“ oder „Reichsgewalt“ ausweichen oder mittels Passiv und seinen Ersatzformen offenlassen, wer hier wem gegenüber die Direktiven gibt und sich selbst auf etwas verpflichtet.

Um das Funktionsspektrum der Textsorte Verfassung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ganz zu erfassen – bis jetzt sind ja nur die juristisch motivierten Funktionen benannt worden –, muss man sich vergegenwärtigen, dass Verfassungen immer in historischen Umbruchsituationen entstanden; sie wandten sich immer mehr oder weniger explizit gegen überwundene Zustände und entwarfen ein Gegenbild dazu. Der französische Historiker Georges Lefebvre stellt diesen Anti-Charakter schon für die Erklärung der Menschenrechte in der Französischen Revolution heraus:

„Die ‘Erklärung’ sollte die Praktiken des Ancien régime verurteilen und ihre Wiedereinführung verhindern. Der Wortlaut der Grundsätze ist allgemein gehalten, wie das bei der Abfassung von Gesetzestexten üblich ist [...]; doch für die Mitglieder der Versammlung und ihre Zeitgenossen hatte er durchaus nichts Abstraktes oder Philosophisches, denn zu jedem Artikel setzten sie im Geiste die konkreten Sachverhalte, unter denen sie gelitten hatten.“ (Lefebvre 1939/1989, S. 166)

In diesem Sinne sind demokratische Verfassungen zugespitzt formuliert immer auch „Sterbeurkunden“ eines Ancien régime (ebd.), mit anderen Worten: sie dienen der Verarbeitung kollektiver Erfahrung und der Erarbeitung einer besseren Zukunft. Die in den Verfassungen ausgedrückten Utopien konservieren zugleich das Bewusstsein von der jeweiligen Umbruchssituation. In der Paulskirchenverfassung findet man so ein „Nie wieder!“ noch recht implizit ausgedrückt.⁸ In der Präambel der Weimarer Reichsverfassung (im Folgenden abgekürzt WRV), aber auch im weiteren Text, wird erstmals eine solche, von den juristischen Zielsetzungen deutlich unterschiedene Absicht ausgedrückt:

„Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“⁹

In den meisten deutschen Länderverfassungen nach 1945 und nach 1990 wird nach dem Weimarer Muster der Gegenbild- und Utopie-Entwurf zur prototypischen Funktion der Präambeln. Auch die Weimarer Verfassungsauctoren scheinen im Übrigen zum Ausdruck dieser Funktion regelmäßig

⁸ In Art. 137: „Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.“ zit. n. Huber 1961/1978, S. 390.

⁹ Artikel der WRV werden im Folgenden nach Huber 1961/1991, S. 151–179, zitiert.

zu Negationsformulierungen zu greifen, etwa „Eine Zensur findet nicht statt“ (Art. 118 WRV) oder „Es besteht keine Staatskirche“ (Art. 137 WRV).¹⁰

Die Tatsache, dass zu den tradierten Funktionen der Textsorte Verfassung auch der Entwurf eines politischen und gesellschaftlichen Gegenbilds gehört, nimmt den Texten ihre exklusiv juristische Bedeutung und weist sie der gesellschaftlichen Diskussion zu. Zur deklarativen, direktiven und kommissiven Funktion tritt eine expressive. Einmal geweckt, bleibt das gesellschaftliche Interesse an der jeweils eigenen Verfassung aber nicht auf die vor allem in Präambeln ausgedrückte kollektive Befindlichkeit beschränkt, sondern begreift den Text als Ganzes wie ein Symbol nationaler oder gesellschaftlicher Identität, wie ein Bekenntnis zu den gemeinsamen höchsten Werten und Normen.

Unterstützt wird diese Symbolfunktion dann, wenn eine von juristischen und Verwaltungsexperten formulierte Verfassung schließlich durch Volksabstimmung bestätigt wird. Die Abstimmenden können die Intentionen der konkreten Verfasser dabei gar nicht im Einzelnen nachvollziehen, sondern müssen sich quasi ihren eigenen Reim auf den Text und seine Aussagen machen. Dass diese von den Rezipienten vorgenommene Verlagerung in einen außerjuristischen Diskurs auf syntaktischer und lexikalischer Ebene zu Polysemien und Umdeutungen juristischer Konzepte führen muss, steht außer Frage.

Die gesellschaftlich-politische Symbolfunktion von Verfassungen, gleichgültig welche Werte sie repräsentierten, ist eine Tatsache, die Juristen von Anfang an kritisiert haben und aus den Verfassungstexten herauszuhalten versuchten, in den letzten Jahrzehnten aber – wenn auch mit Mühe – zu akzeptieren beginnen.¹¹ Die juristische Auslegungsarbeit¹² wird durch die Etablierung eines außerjuristischen Diskurses über die Bedeutung der Verfassung unbestreitbar kompliziert, aber diese Probleme können letztlich kein Argument gegen eine Mitsprache der Gesellschaft bei der Verfassungsinterpretation sein.

¹⁰ Vgl. auch: „und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden“ (Art. 109 WRV). Vgl. dazu Anschütz 1927, S. 324 u. 358.

¹¹ Vgl. Benda/Mayhofer/Vogel 1983, S. 15–23. Bezeichnenderweise geht aber auch dieses Handbuch an keiner Stelle (vgl. Inhaltsverzeichnis und Register) auf die Präambel oder den Vorspruch als den juristisch irrelevanten Textteilen ein. Dies gilt auch für die Neuauflage des Handbuchs von 1995.

¹² Es handelt sich bei juristischer Hermeneutik prinzipiell nicht um mehr oder weniger textimmanente Auslegung als um vom jeweils konkreten Fall her gedachte Applikation (Busse 1992, S. 92, 119 ff.). Intertextualitätsrelationen zwischen einem Gesetzesparagraphen des BGB und seinem Kommentar sind wichtiger als die zwischen den Paragraphen desselben Gesetzes (ebd. S. 171).

Alle genannten tradierten Textfunktionen, die juristischen wie die politischen, werden den Rezipienten durch Mittel von Textstruktur, Syntax und Lexik zu verstehen gegeben. M. a. W.: Die in der juristischen Textproduktion üblichen Besonderheiten, wie weitestgehende Kontextunabhängigkeit einzelner Absätze¹³, Formulierung direktiver Aussagen in assertiven Sätzen¹⁴, ausschließlicher Gebrauch juristischer Terminologie, sind weniger ausgeprägt anzutreffen, als man meinen sollte. Obwohl Juristen eine Symbolifizierung von Verfassungen eher ablehnen und obwohl die Verfassungsdokumente des 19. und 20. Jahrhunderts zunehmend professioneller formuliert sind, findet man in allen mehr oder weniger auffällige Elemente politischer Kommunikation bis hin zu emotional-expressiven Äußerungen.

Zur Entstehung der Weimarer Reichsverfassung

Ich wende mich nun dem Verhältnis der Textfunktionen, ihrer Reflexion und Realisierung in der Weimarer Reichsverfassung zu.

Bevor der Entwurf im Februar 1919 in die Nationalversammlung eingebracht, vier Monate im Verfassungsausschuss beraten, im Plenum diskutiert und schließlich am 31. Juli verabschiedet wurde, durchlief der Text mehrere Stadien. Bemerkenswert ist, dass die Aufnahme eines ausführlichen Grundrechtsteils auf die Initiative Friedrich Eberts zurück geht. Der Verfasser des Entwurfs, der Staatsrechtsprofessor Hugo Preuß, war zwar ein überzeugter Demokrat, scheute sich angesichts der chaotischen Verhältnisse in Staat und Gesellschaft jedoch vor einer zeitlich zu ausgedehnten Grundrechtsdebatte, die das Inkrafttreten der neuen Verfassungsordnung verzögert hätte und hatte deshalb nur minimale Grundrechtssätze vorgesehen.

Der Verfassungsausschuss, der vom 5. März an tagte, war nach Parteienproporz aus 28 Abgeordneten, wahrscheinlich zum Großteil Juristen, zusammengesetzt.¹⁵ Der Entwurf wurde in zwölf Abschnitte unterteilt und für diese je zwei Referenten unterschiedlicher Parteien bestellt. Allein für den Grundrechtsteil wurde ein Unterausschuss unter dem Vorsitz Friedrich Naumanns gebildet und seine Behandlung vorsorglich ans Ende der Gesamtberatung verschoben.

Anfang Mai, mitten in den Verfassungsberatungen, begannen die Verhandlungen über den Friedensvertrag in Versailles, die gesamte politische

¹³ Schreckenberger (1978, S. 59) sagt, dass es für „die Gesetzessprache ungewöhnlich“ sei, dass ein Satz zu den vorangehenden Sätzen in einem Argumentationszusammenhang stehe. In der Tat sind pronominale und konjunktionale Verknüpfungen regelmäßig auf die Sätze innerhalb eines Absatzes (nicht: eines Artikels oder Paragraphen) eines Verfassungstextes beschränkt. Vgl. Busse 1992, S. 67 ff.

¹⁴ Vgl. Busse 1992, S. 83 f.

¹⁵ Vgl. Apelt 1964, S. 86 u. S. 108.

und öffentliche Diskussion zu dominieren. Die thematischen Schwerpunkte in der verfassungsbezogenen Presseberichterstattung insgesamt beziehen sich daher auf andere Verfassungsabschnitte als auf die Grundrechte: vor allem auf die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern (Schlagwörter: *Unitarismus* vs. *Partikularismus* bzw. *Föderalismus*)¹⁶ und auf das Verhältnis von Kirche und Staat im Bereich des Schulunterrichts (Schlagwörter: *Schulfrage*, *Schulkompromiß*). Als die Grundrechte schließlich auf der Tagesordnung standen, absorbierten die Versailler Verhandlungen sowohl das Interesse des Parlaments als auch der Öffentlichkeit.

Ich will deshalb vor allem auf die Grundrechtsdebatte im Verfassungsausschuss näher eingehen. Sie enthält ein beachtliches Kapitel Sprachreflexion, weil in ihr das Wissen über die Textsorte Verfassung expliziert und in historischem Maßstab weiterentwickelt wurde. In den Verhandlungsprotokollen wird auch deutlich, welche Folgen die Funktionszuschreibungen für den Textaufbau sowie für stilistische, syntaktische und lexikalische Aspekte der Formulierung besaßen.

Der Verfassungsausschuss befasste sich am 31. März mit den Grundrechten und dann erst wieder ab dem 28. Mai. Dazwischen lagen die Verhandlungen in Versailles und der öffentliche Schrecken über die Bedingungen des Friedensvertrags. Reflexe dieser Situation finden sich auch in der Verfassungsdebatte wieder, sei es, dass manche Sätze wie die über territoriale Zugehörigkeiten oder die über das Auslieferungsverbot deutscher Staatsangehöriger in der Situation des besiegten und nicht völlig souveränen Staates absurd erschienen¹⁷, sei es, dass die Liberalen insbesondere mit den Grundrechten dem Ausland gegenüber ein Signal des neuen demokratischen Deutschlands setzen wollten, oder sei es, dass die National-Konservativen in der Verfassung Elemente nationaler Selbstbehauptung gegenüber dem „Feind“ herausstellen wollten.¹⁸

Fünf Änderungsanträge zum Entwurf, zwei davon weitgehend neue Alternativtexte zum Grundrechtsteil, wurden am 31. März vorgelegt. Der erste und interessanteste Alternativtext stammte vom Vorsitzenden des Unterausschusses selbst, Friedrich Naumann. Er war Vorsitzender und Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, mit Max Weber befreundet, von Hause aus kein Jurist, sondern evangelischer Pfarrer, aber seit Jahren hauptamtlich politisch tätig. Er stand damals für die versuchte Synthese von demokratischem Sozialismus, politischer Ökonomie und liberalem Christentum in der Industriegesellschaft.¹⁹

¹⁶ Vgl.ebd., S. 83 u. 86.

¹⁷ Verhandlungen 1919, S. 374; Poetzsch 1919, S. 31.

¹⁸ So argumentierte noch Anschütz 1927, S. 387 f.

¹⁹ Dingel 1994.

Naumanns Antrag ist überschrieben mit „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ und weist dem Text von vornherein eine andere als die juristische Funktion zu, derzufolge alle Sätze einer Verfassung eindeutig rechtsrelevante, sanktionierbare Normsetzungen darstellen müssen. Nachfolgend einige charakteristische Auszüge dieses Grundrechtsentwurfs²⁰:

„Art. 28. Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich. [...]

Volkserhaltung ist Staatszweck, Kinderzuwachs ist Nationalkraft. [...]

Art. 29 [...]

Mehrheit entscheidet. [...]

Das Vaterland steht über der Partei. [...]

Art. 30. Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Deutschen Vaterland.
Gleiches Recht für alle. [...]

Art. 31. [...]

Freie Kirche im freien Staate! [...]

Art. 32. [...]

Freie Bahn dem Tüchtigen! [...]

Art. 33. Jede ehrliche Arbeit ist gleichen Rechtes und gleicher Würde.
[...]

Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen!

Art. 34. [...]

Wald bleibt erhalten. [...]

Art. 35. Zum demokratischen Industriestaat gehört Industrieparlamentarismus. [...]

Verstaatlichung ist eine Nützlichkeitsfrage. [...]

Art. 36. Wir leben im Zeitalter des Verkehrs.

Verkehrsmittel dienen dem ganzen Volke.

Weltverkehr ist Lebensluft. [...]

Art. 37. Schulden zu bezahlen ist öffentliche und private Pflicht. [...]

Sparsamkeit ist die Vorbedingung jeden Fortschritts.

Art. 38. [...]

Die Kraft der Völker liegt in der Kultur ihrer Massen.

Lohnfragen sind Daseinsfragen.

Art. 39. [...]

Wir behandeln unsere Ausländer so, wie wir wünschen im Ausland behandelt zu werden. [...]

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

²⁰ Vollständig abgedruckt bei Huber 1961/1991, S. 90–94.

Art. 40. Kriegserklärung und Friedensschluß sind Volkssache. [...] Wir achten alle Völker, die uns achten.“²¹

Kaum einer der hier versammelten lapidaren Sätze taugt als juristische Norm; stattdessen stellt Naumann hier einen Kanon merkfähig formulierter Orientierungen auf, der seine Herkunft aus der bürgerlich-humanistischen, liberalen und nationalen Kulturtradition nicht verbirgt und die Verfassung durch Anspielungen und Zitate mit anderen Texten dieser Tradition – dem Liederkanon, der Bibel, Kant, „alter deutscher Spruchweisheit“²² und vielleicht mit dem „Büchmann“²³ – verbindet. Die infinite Form mancher Sätze, das Subjekt *wir* und hin und wieder ein Ausrufungszeichen erinnern an Parolen und Transparente.

Zu Beginn der Debatte hielt Naumann eine Grundsatzrede²⁴, die einem völlig anderen stilistischen Register angehört und in der er aus historischen Bezügen und scharfer Gegenwartsanalyse zwei Kernfragen herleitete: Erstens, ob es nicht an der Zeit sei, an die Stelle der überlieferten musealen Fassung von Grundrechten neue Inhalte und Formulierungen zu setzen – neu insoweit, als diese Rechte den neuen sozialen und ökonomischen Problemen angemessen sein müssten. Im Übrigen bezweifelt er den Erfolg der rein juristischen Konzeption rechtsverbindlicher Grundrechte.²⁵

Im Gegenteil seien diese Rechte, so Naumann, quasi immer schon „Weltanschauungsmomente“ gewesen, eine „Bekennnisgrundlage“, im günstigsten Falle ein „sich von selbst anbietender Volkskatechismus zur Herbeiführung derjenigen Gesinnung, auf der der Staat beruht“²⁶. Die politisch-appellative, nicht die rechtssetzende Funktion ist für Naumann bei realistischem Blick auf die Geschichte und erst recht im Hinblick auf die eigene Gegenwart die wichtigere. Ihm ist aber völlig klar, wie die Juristen auf seinen Alternativentwurf reagieren werden:

„Mit den Augen des Staatsrechtlers von 1848 gesehen, ist es natürlich überhaupt kein politischer Satz, wenn ich hier in meinem Entwurf in Art. 33 sage: ‘Jede

²¹ Verhandlungen 1919, S. 171–173.

²² Heuß 1937, S. 616.

²³ Dieser führt in der 26. Aufl. von 1919 im Abschnitt „Aus dem Weltkriege“ den Satz „Freie Bahn für alle Tüchtigen!“ auf eine Reichstagsrede des Kanzlers von Bethmann Hollweg vom 28.9.1916 zurück. Textausschnitt der Rede in Huber 1961/1990, Bd. 3, S. 151. In späteren Ausgaben des Büchmann lautet das Lemma „Freie Bahn dem Tüchtigen“.

²⁴ Verhandlungen 1919, S. 176–181.

²⁵ „im Allgemeinen haben Grundrechte nicht jene Wirksamkeit gehabt, daß der einzelne, dem der Staat das nicht bot, was in den Grundrechten stand, bloß zu den ewigen Sternen der Grundrechte zu greifen brauchte, um damit die Freiheit, die dort verbürgt ist, ohne weiteres zu haben.“ (ebd. S. 178)

²⁶ ebd., S. 179

ehrliche Arbeit ist gleichen Rechtes und gleicher Würde'. Das ist ein Satz, der im Grunde nichts anderes ist, als das allgemeine Menschenrecht, ausgesprochen auf das Zeitalter der kommenden Arbeiterschicht [...] Die alte Verfassung konnte nur den privatwirtschaftlichen einzelnen.“²⁷

Jetzt aber sei der „abstrakte Rechtsstaatsbegriff“ von 1848 abgelöst worden vom Begriff des „nationalen Volksstaat(s)“, und für die „jetzt beginnende deutsche Republik nach dem großen Umschwung aller politischen Dinge“ komme nur ein neues „Bekenntnis“, nicht aber die „archivarische [Weiterführung] [des] alten Stoffes“²⁸ in Frage. Zu vieles an diesem alten Grundrechtsstoff ist für ihn noch monarchisch geprägt.

Die zweite Kernfrage, die Naumann zur Debatte stellte, lautet:

„wünschen wir überhaupt, daß der jetzt hier unter unseren Händen entstehende deutsche Staat auf diesem Gebiet ein Bekenntnis hat, oder glauben wir, daß wir ohne ein solches auskommen können?“²⁹

Seine eigene Position in dieser Frage ist klar:

„Mit der Monarchie ist ein gut Teil des – sagen wir einmal – Übersinnlichen, des Mystischen am bisherigen Staat dahingesunken. [...] Ein Bedürfnis nach einem Staatsbekenntnis, nach dem demokratischen Freiheitsstaat Deutschland, der als moralische Notwendigkeit hervorgewachsen ist, scheint mir absolut vorhanden zu sein, ein Bedürfnis, das über Rechtsformulierungen hinwegschreitet, das ein Bedürfnis der Staatsweisheit und der Staatsvorsicht ist.“³⁰

Naumann sah die Bedeutung eines Staatsbekenntnisses aber nicht nur in der nationalen Integration nach innen, sondern auch außenpolitisch, als Abgrenzung gegenüber der russischen Verfassung und damit als Ausdruck „unsere[r] politische[n] Entscheidung gegenüber den westlichen Ländern“³¹.

Dass Naumann die Grundrechte ihrer geforderten Funktion gemäß *Staatsbekenntnis*, *Staatsgrundbekenntnis*, *Volkskatechismus* und *Staatskatechismus* nennt, macht klar, was er mit „Volksverständlichkeit“ meint. Nicht kurze Sätze, Fremdwortfreiheit oder parataktischen Satzbau und dergleichen, sondern die standard-, nicht fachsprachliche Formulierung der gemeinsamen Werte und Überzeugungen der Nation in einprägsamen appellativen Sätzen. Auch emotional-expressiv dürfen diese Sätze sein, wenn sie die nationale Integration befördern.

²⁷ ebd., S. 180. Am 5. April schrieb Naumann an seine Frau: „Mein Grundrechtsantrag ist, wie zu erwarten war, abgelehnt, was ihn aber nicht entwertet. Er ist besser als das, was wir jetzt dafür beschließen werden.“ Zit. n. Heuß 1937, S. 708.

²⁸ ebd., S. 179.

²⁹ ebd., S. 181.

³⁰ ebd., S. 179.

³¹ ebd., S. 180.

Die rechtskonstituive Funktion – gewandelt

Wie haben nun die übrigen Abgeordneten auf die Vorstellungen Naumanns reagiert? Im unmittelbaren Anschluss an die rhetorisch beeindruckende Rede Naumanns stimmten Sprecher aller Parteien der Verschiebung der funktionalen Gewichte prinzipiell zu und betonten die politische Bedeutung der Grundrechte gegenüber der juristischen.³² Zugleich schien aber ein Verzicht auf rechtsrelevante Formulierungen immer unannehmbarer und das juristisch-traditionelle Denken setzte sich schließlich entschieden durch. Ein DVP-Abgeordneter:

„Es scheint mir bedenklich, ein Gesamtbekanntnis nur in allgemeinen Formen festzulegen. In der außerordentlichen Vieldeutigkeit liegt auch eine außerordentliche Gefahr. Der Zweck der Grundrechte kann nur sein, nüchtern und juristisch korrekt die Grenze zu ziehen zwischen dem einzelnen und dem Staat; Zukunftsperspektiven gehören nicht in die Verfassung.“³³

Einher mit der Verrechtlichung der Verfassungsfunktion im Laufe der Debatte ging die Umdeutung der Intention Naumanns. Der Titel seines Antrags „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ wird nicht mehr auf das Ziel eines expressiv-appellativen Staatsbekenntnisses bezogen, sondern zum Angelpunkt für Überlegungen gemacht, die den meisten Juristen aus der seit 15 Jahren andauernden Diskussion über die Schwerverständlichkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs vertraut waren³⁴, und die sich allein auf die Ausdrucksseite rechtsverbindlicher Sätze beziehen. Diese, das sieht man ja ein, sollten möglichst „gemeinverständlich“³⁵ sein. Damit wird Naumann völlig missverstanden; ein SPD-Abgeordneter sagt:

„Auch als Jurist stimme ich dem bei, was der Abgeordnete Naumann gesagt hat. Es ist durchaus möglich, und es ist vor allem auch durchaus erforderlich, der Verfassung eine Form zu geben, in der sie dem Volke verständlich ist.“³⁶

Andere Juristen sind skeptisch; es sei ganz unmöglich, die schwierige „gesetzestechnische“ Materie „auf einfache gemeinverständliche Wendungen festzulegen“.³⁷ Was Naumann wolle, sei „Aufgabe des staatsbürgerlichen Unterrichts“.³⁸

Die Einsetzung einer popularisierenden Unterkommission wird erwogen und ein Zentrumsabgeordneter schlägt sogar vor, den deutschen Sprachverein mit einer „volkstümlichen“ Umarbeitung zu beauftragen.³⁹

³² DNVP-Abg. Düringer, Verhandlungen 1919, S. 181.

³³ Dr. Kahl, DVP, ebd., S. 185.

³⁴ Vgl. die Bemerkung von Düringer ebd. S. 182.

³⁵ Düringer, DNVP, ebd. S. 182.

³⁶ Verhandlungen 1919, S. 183.

³⁷ ebd., S. 182.

³⁸ ebd.

³⁹ ebd., S. 183.

Mit dem Ruf dieses Vereins scheint es allerdings nicht zum Besten gestanden zu haben. Schon Wochen zuvor, bei Diskussionen über die zu wählenden Bezeichnungen für Ämter und Organe, hatte sich der Verfassungsausschuss mit von der Presse verbreiteten puristischen Vorschlägen befassen müssen, die *Reichspräsident* durch *Reichsammann*, *Reichsmeister* und *Reichswart* ersetzen wollten⁴⁰, doch diese Vorschläge wurden in der Nationalversammlung ohne längere Diskussion abgelehnt.⁴¹ Entsprechende Skepsis herrschte auch hier:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß es eine juristische Aufgabe ist, an der wir hier schaffen, und es wäre schlimm, wenn wir der Form zuliebe die Klarheit und Schärfe opfern würden. Dringend möchte ich davor warnen, das Gesetz dem deutschen Sprachverein vorzulegen, denn die geringste Änderung würde leicht eine ganz andere Auslegung bewirken.“⁴²

Die juristische Idee von der Funktion der Grundrechte schien schließlich zu siegen. Verfassungsrechtler waren sich später weitgehend darin einig, dass Naumanns Versuch, der Verfassung im Grundrechtsteil eine politische Ethik einzuschreiben, mit der die neue Nation sich insgesamt identifizieren könne, gescheitert sei.⁴³ Von seinen Vorschlägen sei einzig erhalten geblieben, dass außer Grundrechten auch Pflichten formuliert worden seien.⁴⁴ Linguistisch untersucht zeigt die Diskussion im Verfassungsausschuss Anderes: Man versuchte mit einigem Erfolg, politische und juristische Funktion zu verbinden. Ende Mai erkrankte Naumann und der ihn vertretende Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Beyerle, fasste zusammen:

„Es gibt keine Verfassung, welche nach einem so gewaltigen Umsturz, wie wir ihn erlebt haben, sich nicht verpflichtet fühlte, auch Programmsätze aufzustellen. [...] Darüberhinaus wollen wir doch aber auch eine juristisch greifbare Sanktion [unserer Grundrechte] erstreben.“⁴⁵

Verfassungsrechtler stellten später denn auch kritisch-abwertend fest, dass die Weimarer Verfassung zu viele politisch-programmatische Sätze ent-

⁴⁰ Der Heidelberger Rechtshistoriker Eberhard Freiherr von Künßberg widmete dem Thema einen eigenen Artikel im Heidelberger Tageblatt vom 30.1.1919, S. 1. Nach schweizerischem Vorbild favorisierte er *Reichsammann* und *Reichsmeister*; die Wahl von *Reichskanzler* wird gelobt.

⁴¹ Vgl. Apelt 1964, S. 100.

⁴² DVP-Abg. Kahl, Verhandlungen 1919, S. 185.

⁴³ Anschütz 1927, S. 299; Apelt 1964, S. 296; Huber 1961/1991, Bd. 4, S. 91; Potetzsch 1919, S. 28 f.; Smend 1928b/1955, S. 267, Anm. 18.

⁴⁴ Der 2. Hauptteil der WRV ist mit „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ überschrieben. Die Verpflichtung des Bürgers, an der Erhaltung des demokratischen Staates mitzuwirken, stellte für Naumann einen fundamentalen Unterschied gegenüber dem Monarchismus dar. Die Parallelität von Rechten und Pflichten ist nur in Naumanns Rede, nicht im Alternativtextentwurf enthalten.

⁴⁵ Verhandlungen 1919, S. 368.

halte, die juristisch unsinnig oder widersprüchlich seien und die die Durchsetzung der Grundrechte im Konfliktfall verhindert hätten⁴⁶ oder, noch schlimmer: Die vagen Programmsätze seien von politisch reaktionären Richtern entsprechend ausgelegt und in konservativer Praxis vereinheitlicht („positiviert“) worden.⁴⁷ Es handelt sich etwa um die folgenden:

„Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ (WRV Art. 109)

„Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“ (WRV Art. 119)⁴⁸

„Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.“ (WRV Art. 130)

„Eigentum verpflichtet.“ (WRV Art. 153)

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs.“ (WRV Art. 157)⁴⁹

Aus linguistischer Sicht handelt es sich um appellative Bezeichnungen gesamtgesellschaftlicher Werte und Orientierungen, die sich von denen des Naumannschen Entwurfs nur graduell unterscheiden. Man findet Paarformeln, Rhythmen, Alliterationen und syntaktische Parallelismen. Auch das Lexeminventar der Weimarer Verfassung enthält neben dem allgemeinsprachlichen, dem juristischen und dem administrativen Wortschatz in der Tat eine ganze Reihe von Ausdrücken, die die bekannten Merkmale politischer Schlagwörter und Syntagmen aufzuweisen scheinen: *Andersdenker*, *menschenwürdiges Dasein*⁵⁰, *Gemeinwohl*, *Gewerbefleiß*, *gute Sit-*

⁴⁶ Z. B. Anschütz 1927, passim. Benda 1996, 298.

⁴⁷ Die einfache Gesetzgebung formuliert die programmatischen Grundrechte in positives Recht um und nimmt so einen Teil der verfassungsgebenden Gewalt an sich (Apelt 1964, S. 291). Unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Weimarer Republik lief diese Positivierung auf eine antidemokratische, reaktionäre Rechtsfundierung hinaus (ebd. S. 300).

⁴⁸ Der SPD-Abg. Sinzheimer: „In der Verfassung ist nicht der Platz, um derartigen politischen Grundsätzen Ausdruck zu geben. Im Unterausschuß haben wir beschlossen, hier allgemeine Grundsätze aufzunehmen, aber nur soweit als sie auch realisierbar sind. Der Satz „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge des Staates“, ist nur eine Phrase, ein solcher Ausspruch kann doch überhaupt nur (sic!, wohl: nicht) realisiert werden.“ (Verhandlungen 1919, S. 378).

⁴⁹ Der DVP-Abg. Kahl: „Ich warne überhaupt vor dem Ausdruck „unter dem Schutz der Verfassung“, der nicht überall einen klaren Sinn hat.“ (Verhandlungen 1919, S. 381).

⁵⁰ Nach Ladendorf 1906, S. 203, „von Lassalle als sozialistischer Kampfausdruck verwendet“ und „heutzutage [...] durch den damit getriebenen Mißbrauch in ziemlichen Mißkredit gekommen“, obwohl schon 1848 in der Variante *menschenwürdige Zustände* belegt. Marianne Weber, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, forderte in einem Artikel des Heidelberger Tageblatts vom 4.1.1919, S. 1, „menschenwürdige Existenz für alle“.

ten⁵¹, innerer Frieden, Sicherheit und Ordnung, Schmutz- und Schundliteratur, Sozialisierung⁵², Tüchtigkeit, Völkerversöhnung, Wechselfall des Lebens usw. Um den Schlagwortschatz des frühen 20. Jahrhunderts quantitativ wie auch in seiner parteibezogenen Differenzierung zu bestimmen, fehlt wie gesagt ein geeignetes Vergleichskorpus.

Man kann festhalten, dass die Weimarer Reichsverfassung das erste deutsche Verfassungsdokument ist, in dem Rechtsnormen so formuliert sind, dass sie als gesellschaftliche Werte gelesen werden konnten. Ein gewisser Wertekonsens bestand durchaus, denn auch die Parteien, die später gegen die Verfassung stimmten, beteiligten sich fleißig an der Formulierungsarbeit.

Funktion: Gewährleistung politisch-partikularer Interessen

Aber der Verfassungsausschuss ging noch einen Schritt über den politischen Minimalkonsens hinaus. Mit der Entscheidung für eine möglichst gesetzestechnische Formulierung der Grundrechte bzw. der Verfassung generell war die Vorstellung von einer politischen Funktion nicht vom Tisch. Im Gegenteil: Die vorangegangene Debatte schien geradezu die Schleusen für eine neue politische Funktionsbestimmung geöffnet zu haben. Preuß selbst brachte sie ins Spiel:

„Heute geht überhaupt die überwiegende Tendenz mehr auf die konkrete Gestaltung als auf das Bekenntnis reiner Prinzipien. Jeder Interessent verlangt heute eine besondere ‚Verankerung‘ seiner Rechte in den Grundrechten der Verfassung.“⁵³

Es ging hier nicht mehr um die integrativen Werte der gesamten Gesellschaft, d. h. um den politisch-ethischen Konsens, sondern um die Etablie-

⁵¹ Der SPD-Abg. Sinzheimer: „Ich habe zunächst den Antrag gestellt, die Bezugnahme auf die guten Sitten zu streichen, da der Begriff der guten Sitten ein viel zu schwankender ist, um eine sichere Rechtsgrundlage zu bilden. [...] Durch diese Bezugnahme auf die guten Sitten ist der ganze Artikel zu einer Kautschukbestimmung geworden.“ (Verhandlungen 1919, S. 376).

⁵² Es handelt sich hier in der Tat nicht um ein spezifisch sozialistisches Schlagwort, sondern, ähnlich wie unmittelbar nach 1945 (vgl. Wengeler 1995a, S. 54 ff.), um ein parteienübergreifendes (das Gleiche gilt für *Selbstbestimmung*); für die Sache traten 1919 die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die bürgerlichen Demokraten ein, die sie während des Wiederaufbaus für notwendig hielten. Das Heidelberger Tageblatt brachte am 5.2.1919, S. 1, einen namentlich nicht gekennzeichneten längeren Artikel über das „Schlagwort Sozialisierung“; darin wird u. a. dessen euphemistischer Charakter kritisiert und stattdessen *Verstaatlichung* vorgeschlagen.

⁵³ Verhandlungen 1919, S. 184.

rung politischer Partikularinteressen „hoch oben“, im „höchsten Gesetz“. Zu den hierbei konkurrierenden Interessengruppen⁵⁴ zählen nicht nur die Parteien von ganz links bis ganz rechts, sondern auch die Arbeiterräte, die Beamten, der Mittelstand, das Militär, die Kirchen und Weltanschauungsgruppen sowie die Länder. Resignierend stellte Preuß fest:

„Für eine so einheitliche Grundanschauung, wie sie etwa die bolschewistische Verfassung bietet, fehlen alle Voraussetzungen, die günstigen wie die ungünstigen. Bei uns herrscht eben nicht eine in sich einheitliche Richtung, sondern das Zusammenwirken verschiedener Richtungen“.⁵⁵

Die politische Polarisierung, die für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich gemacht wird, zeichnet sich bei allen Konsensbemühungen doch bereits in der Verfassung ab.⁵⁶

Auch diese zweite politische Funktion des Textes ist auf Schlagwörter angewiesen, die die jeweiligen Gruppeninteressen nicht nur bezeichnen, sondern zugleich für sie werben: *arbeitende Klasse, Arbeiter- und Wirtschaftsrat, Ausbeutung, Besitzverhältnis, Vergesellschaftung* kann man durch Vergleich mit Redebeiträgen von SPD und USPD der Linken zuordnen. Mit dem Eintreten für die *Erhaltung der Manneszucht* vertrat ein konservativer Abgeordneter das Interesse des Militärs. Ebenso scheint die Paarformel *Sicherheit und Ordnung* ein spezifisch konservatives Interesse zu repräsentieren. Der spezifische Schlagwortschatz von Mehrheitssozialisten und Demokraten deckt sich offenbar teilweise (*menschenwürdige Existenz*, s.o.). Auch hier müsste man systematischer, als es hier möglich war, den Verfassungstext mit Parteiprogrammen und Tagespresse vergleichen. Interessanterweise ist nicht bloß parteiprogrammatische Lexik in die Verfassung geraten, sondern sind umgekehrt auch Lexementscheidungen des Verfassungsausschusses in z. B. das Parteiprogramm der Demokraten eingeflossen, an dem zeitgleich auf einem Parteitag gearbeitet wurde.⁵⁷

⁵⁴ „Alle am Verfassungswerk beteiligten Parteien gerieten in eine Art von Wettlauf hinein, nicht nur die politischen Forderungen, die ihnen am Herzen lagen, in den Text hineinzubringen, sondern auch die bewährten Institutionen der Vergangenheit aufrechtzuerhalten und mit Verfassungsschutz zu umgeben.“ (Apelt 1964, S. 297).

⁵⁵ Verhandlungen 1919, S. 185.

⁵⁶ *Entpolitisierung und Politisierung* wurde dieses Spannungsverhältnis 1923 von einem Juristen (Wittmayer 1923) genannt, der in den Konsensbestrebungen der Verfassungsautoren den Versuch sah, den „Burgfrieden“ des Krieges zu verlängern, einen Versuch, der seiner Ansicht nach nicht gelingen konnte.

⁵⁷ Aus dem Bericht über den „demokratischen Parteitag“ im Berliner Tageblatt, Morgen-Ausg., vom 22.7.1919, S. 3: „Hierauf hielt Friedrich Naumann sein Referat zum Abschnitt 2 des Programmentwurfs: 'Kulturelle Fragen'. Er führte aus: Die zum Programmwurf vorliegenden Anträge haben meistens durch die Nationalversammlung Formulierungen erhalten.“ Naumann legte hier nochmals,

Die Berichterstattung über die Verfassungsberatungen in zwei exemplarisch ausgewählten Tageszeitungen⁵⁸ zeigt, dass die Etablierung politischer Partikularinteressen in der Verfassung mehr öffentliche Aufmerksamkeit erlangte als die Frage 'Volksbekenntnis oder Fundamentalgesetz'. Diese Aufmerksamkeit kommt in der auffallend häufigen Verwendung des Syntagmas *etwas in der Verfassung verankern* bzw. *Verankerung von etwas in der Verfassung* zum Ausdruck. Die Schreiber haben die Wendung z. T. in Anführungszeichen gesetzt, um das Modische oder das Neue zu markieren. Sie wird zuerst in politischen Debatten eingeführt⁵⁹ und in den Zeitungen zitierend wiedergegeben; danach beginnen die Kommentatoren, den Bereich des zu verankernden Gegenstands auszuweiten. Da werden dann nicht mehr bloß „Reservatrechte“⁶⁰ oder „Materien“⁶¹ in der Verfassung verankert, sondern die *Demokratie* im Ganzen⁶² oder die *Reichseinheit*⁶³. Ferner wird das Verb variiert; statt *verankern* lassen sich belegen *festlegen*, *sehen wollen*, *verwurzeln* und andere.⁶⁴ Das Ergebnis der Verankerungen wird auch kritisch gewertet als „trauriges Flickwerk“, „Mischmasch verdünnter Weltanschauungen“⁶⁵ oder als „interfraktionelles Parteiprogramm“⁶⁶.

Damit sind zu den tradierten drei juristischen Funktionen in der Weimarer Verfassung drei politisch-gesellschaftliche Funktionen hinzugekommen: der historisch begründete Utopie-Entwurf, der Appell zum politisch-ethischen Konsens und die Gewährleistung politisch-partikularer Interessen. Alle drei sind aber auf die Verknüpfung mit der rechtssetzenden Funktion angewiesen, die ihnen erst das notwendige Prestige bzw. eine über das Politische hinausgehende Relevanz verleiht.

nur anders paraphrasiert, seine Vorstellung von Demokratie als Weltanschauung und von der „Erziehungsaufgabe“ der Verfassung als „Katechismus“ dar.

⁵⁸ Berliner Tageblatt und Heidelberger Tageblatt.

⁵⁹ Vgl. Aufruf der Reichsregierung Scheidemann an die Arbeiterschaft vom 1.1.3.1919, in dem es heißt: „Die Betriebsräte werden in der Verfassung verankert, können also nicht mehr aufgehoben werden.“ Zit. n. Huber 1961/1991, S. 89. Nach Stammler 1950 ist *verankern* in dieser metaphorischen Bedeutung erstmals 1906 belegt und galt später als typisches „Nazi-Wort“.

⁶⁰ Zitat Preuß in Heidelberger Tageblatt 25.2.1919, S. 1.

⁶¹ Zitat aus dem Badischen Verfassungsausschuss in Heidelberger Tageblatt 5.2.1919, S. 2.

⁶² Heidelberger Tageblatt 22.3.1919, S. 1, ebd. 4.3.1919, S. 2.

⁶³ Heidelberger Tageblatt 1.3.1919, S. 2 „Verankerung der Reichseinheit“ ohne präpositionalen Anschluss.

⁶⁴ ferner: *etwas in die Verfassung bringen* oder *aufnehmen*, alle Heidelberger Tageblatt 1919.

⁶⁵ Heidelberger Tageblatt 12.7.1919, S. 1. Es ist nicht eindeutig, aber wahrscheinlich, dass es sich hierbei um eine Korrespondenten-Formulierung (nicht um ein Politiker-Zitat) handelt.

⁶⁶ Poetzsch 1919, S. 29.

Der Verfassungsausschuss hat den Grundrechtsteil im Laufe seiner Beratungen um das Vierfache vergrößert; aus den dreizehn Artikeln des Entwurfs wurden 56 Artikel und ein eigener Hauptteil.⁶⁷ Man hatte sogar einmal überlegt, diesen Verfassungsteil abzutrennen.⁶⁸ Damit hätten die konfligierenden Textfunktionen die Verfassung gespalten in ein Grundgesetz und ein Staatsbekenntnis, doch bezeichnenderweise widersprach dies dem Textsortenkonzept.

Rezeption

Abweichend von der herrschenden Juristen-Meinung seiner Zeit betonte Rudolf Smend 1928, mit dem Grundrechtsteil habe sich der Weimarer Staat einem bestimmten „Kultursystem“ zugeordnet, einem „geschichtlich begründeten und bedingten geistigen Ganzen“ und zurecht die rein juristische Aufgabe transzendiert.⁶⁹ Folgerichtig sei die „angemessene theoretische Bearbeitungsweise dieses Kultursystems“ eine „geisteswissenschaftliche“.⁷⁰ Diese Horizonterweiterung lässt erkennen, dass in einem demokratischen Staat die Verfassung insbesondere mit ihren Grundrechten dasjenige zu repräsentieren hat, was zuvor durch den Monarchen repräsentiert wurde.⁷¹ Es sei, so Smend,

⁶⁷ Vgl. Anschütz 1927, S. 26.

⁶⁸ Nach Heuß (1937, S. 617) schlug dies der Abg. Hermann Luppe am 15. Juli 1919 vor; Apelt (1964; S. 109 f.) nennt den Vorschlag des SPD-Abg. Sinzheimer; die meisten Abgeordneten sprachen sich bei der Diskussion allerdings für eine Aufnahme von Grundrechten in die WRV aus (Verhandlungen 1919, S. 181 ff.).

⁶⁹ „So ist der Staat der Weimarer Grundrechte der Staat eines bestimmten Kultursystems, sofern eine Anzahl grundlegender Elemente dieses Kultursystems als oberstes Gesetz des Landes normativ anerkannt sind – darunter bezeichnenderweise auch Minderheitswerte und Kompromisse. [...] Diese Aufgabe hat – bei aller technischen Unzulänglichkeit der Durchführung – der Naumannsche Grundrechtsentwurf der Weimarer Versammlung mit voller Klarheit gestellt, und der Abstand der endgültigen Grundrechte von denen des ersten Entwurfs ist der Ausdruck des Bekenntnisses der Versammlung zu dieser Aufgabe.“ (Smend 1928a/ 1955, S. 92 und ebd. Anm. 3).

⁷⁰ Smend 1928a/1955, S. 92.

⁷¹ „Dieses System der Grundrechte ist an sich als ein geschichtlich begründetes und bedingtes Ganzes Gegenstand einer rein geisteswissenschaftlichen Bearbeitung [...]“. Die „praktische Bedeutung“ der Grundrechte der Weimarer Verfassung „ist sicher durch den Wegfall der Monarchie gestiegen: solange diese den geschichtlichen Gehalt des Staates symbolisierte und repräsentierte und zugleich der staatlichen Ordnung die notwendige Legitimität gab, lag es nahe, an den Grundrechten nur ihre negative, staatsbeschränkende Seite zu sehen. Jene beiden Aufgaben der Monarchie sind durch die Umwälzung frei geworden, mit dem Erfolge erheblicher Bedeutungssteigerung der als Ersatz eingetretenen Fak-

„bezeichnend für Friedrich Naumanns politischen Scharfblick, daß ihm diese Folge der Umwälzung sofort klar gewesen ist [...] und wenn sein eigener Grundrechtsentwurf als das unglückliche, halbliturgische Alterswerk, das es war, mit Recht abgelehnt ist, so ist dessen Grundgedanke doch im Vergleich mit der wesentlich technischen Verfassungstheorie von M. Weber und H. Preuß eine ungleich tiefere Einsicht.“ (Smend 1928b/1955, S. 267)

Die Symbolfunktion einer Verfassung entsteht erst in der gesellschaftlichen Rezeption, die wiederum von den Verfassungsautoren antizipiert werden kann. Von der außerparlamentarischen Diskussion um die Textfunktionen enthalten die Zeitungen, in denen in jenen Monaten des Jahres 1919 ganz andere Themen dominieren, nur einige wenige Reflexe. In der Presseberichterstattung wird der „volkserzieherische“ Aspekt⁷² des Textes stärker betont als in der Verfassungsberatung. Tatsächlich wird aber schon in Art. 148 WRV die Erziehung zu „staatsbürgerlicher Gesinnung“ versprochen und vorgeschrieben: „Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.“

Für diese volkspädagogische Akzentsetzung der Presse waren aber weniger die Journalisten verantwortlich als die publizistisch um die Akzeptanz der Verfassung werbenden Abgeordneten. Hugo Preuß und andere Mitglieder des Verfassungsausschusses haben in öffentlichen Vorträgen und Presseartikeln selbst das Wort ergriffen und hier vor allem die gesellschaftliche Symbolfunktion mit zeittypischem Pathos herausgestellt.

„Die Verfassung muß ein Spiegel und ein Wahrzeichen des Staates sein, der sie ermöglicht hat und den sie festigen soll.“ schrieb etwa Conrad Haussmann im Berliner Tageblatt.⁷³

Victor Klemperer schildert in seinem Tagebuch am 9. August 1919 folgende Szene:

„Gestern Abend der Vortrag vom Hofrat [o.] Prof. Beyerle, Mitglied des Verfassungsausschusses in Weimar, [Centrummann,] war nach Form, Geste u. Inhalt gleich schlecht. Der Mann, mittelalterlich, im Bratenrock, tigerte auf dem breiten Podium des Aud. max. mit großen Armbewegungen wie ein Löwe im Käfig

toren, wofür die große Rolle der Farben bezeichnend ist.“ (Smend 1928b/1955, S. 267).

⁷² In einer Zusammenfassung der Preußischen Denkschrift zur Verfassung, die wegen Papiermangels bei der Zeitung nicht vollständig abgedruckt werden konnte, heißt es: „es [handelt] sich im wesentlichen doch um den neuen Geist, der den Entwurf durchflutet und zu dem die neue Verfassung erziehen soll“. Heidelberger Tageblatt 25.1.1919, S. 1. – Der Textentwurf der SPD zu den Grundrechten sah als Art. 32, Abs. 3 vor: „Inhalt und Geist der Verfassung sind zum Lehrfach des Volks- oder Fortbildungs-, des Mittel- und Hochschulunterrichts und in allen Zweigen des öffentlichen Prüfungswesens zum Prüfungsgegenstand zu machen.“ (Verhandlungen 1919, S. 173).

⁷³ 13.7.1919, o.S. (S. 1). Haussmann war Vorsitzender des Verfassungsausschusses.

auf u. ab, schrie u. deklamierte ständig, dabei in abgegriffenen Phrasen – Verankert! Im Schooß des Volkes, im Schooß der Nationalversammlung, etc. – tat, als hätte er in einem Bezirksverein Königs Geburtstag zu feiern u. vergaß über allen Phrasen die sachliche Angabe dessen, was die neue Verfassung bestimmt, fast völlig.“⁷⁴

Die Weimarer Republik hat das gesellschaftsintegrierende Potential ihrer Verfassung solchen Anstrengungen zum Trotz nicht erkannt.⁷⁵ Die ihr eingeschriebene Utopie erschien im Kontext der 20-er Jahre zunehmend auf der Rechten als „alter Hut von 1848“ und auf der Linken als „bürgerliche Mißgeburt“.⁷⁶ Dennoch knüpften die Autoren des Verfassungsentwurfs der DDR von 1946⁷⁷ und die des westdeutschen Grundgesetzes von 1949 wieder bei der Weimarer Verfassung an; beide sowohl mit Schlagwörtern und Syntagmen wie auch mit der Übernahme einiger Artikel im Wortlaut.⁷⁸ Bei den Anknüpfungen in Westdeutschland galt es nicht nur, die bekannten Weimarer Fehlkonstruktionen zu vermeiden, sondern auch, in den Worten des CDU-Abgeordneten Süsterhenn, die „volkspädagogische, sozialpsychologische dirigierende Kraft“ zu berücksichtigen, die „von dem Gesetz auszugehen habe, das wir hier schaffen wollen“⁷⁹, und ein SPD-Abgeordneter erinnerte auch wieder an die „umfassende Neuschöpfung der Grundrechte im Sinne Friedrich Naumanns“. Er riet jedoch von einem solchen Versuch ab,

„da die Zeit dafür ebenso wenig reif sei wie 1918. Er könne leicht dazu führen, daß die Grundrechte einen höchst heterogenen Niederschlag verschiedener Parteiprogramme darstellen, ohne daß sich eine einheitliche Auffassung über die Substanz des neuen Staates oder der neuen Gesellschaft herausbildet.“⁸⁰

Damit riss die Rezeption der Verfassungsdebatte von Weimar ab, nicht aber die Idee von der Verfassung als politischem Glaubensbekenntnis. In dem von Dolf Sternberger entworfenen Konzept des Verfassungspatriotismus, das er zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes 1979 erstmals explizier-

⁷⁴ Klemperer 1996, Eintrag vom 9.8.1919, S. 168.

⁷⁵ Nicht nur die juristischen Autoren, auch die Öffentlichkeit war noch geprägt von der alten Auffassung, dass Grundrechte zwar schön klingen, aber kaum durchsetzbares positives Recht darstellen (Apelt 1964, S. 297).

⁷⁶ Vgl. Weyergraf 1995.

⁷⁷ Veröffentlicht in: Neues Deutschland Nr. 176, vom 16.11.1946, S. 3. Für diesen Hinweis danke ich Hartmut Schmidt, Mannheim.

⁷⁸ Bes. die zum Verhältnis von Staat und Kirche; vgl. auch Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes 1951, S. 53.

⁷⁹ Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes 1951, S. 29 (CDU-Abg. Süsterhenn).

⁸⁰ Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes 1951, S. 44 (SPD-Abg. Zinn).

te⁸¹, kommt Weimar trotz ausführlicher historischer Argumentation nicht vor. Im Gegenteil, Sternberger, der die 20-er Jahre als Schuljunge erlebte, hält beiläufig fest:

dass diese Republik „nicht eigentlich von Patriotismus erfüllt oder zusammengehalten“ worden sei. „Die Verfassung blieb unter diesen Umständen ein juristisches Dokument; kaum daß man in der Schule etwas Näheres davon erfuhr.“⁸²

Einiges Kritische ist über die „eigentümliche Diskrepanz zwischen rationalem Verfassungsbegriff und patriotischen Gefühlswerten“ bei Sternberger gesagt worden.⁸³ Man hat aber auch die Chancen erkannt, die darin liegen, einen Text statt eines Monarchen oder eines Diktators, zum Bezugspunkt nationaler Identität zu machen. Zum Einen haben die neuen Bundesländer sich in ihren Verfassungen, und nicht nur in den Präambeln, trotz juristischer Proteste⁸⁴ für Formulierungen entschieden, die eine Rezeption als politisch säkulare Bekenntnisschrift zulassen. In Brandenburg etwa beginnt der Text mit dem sozialintegrativen „wir“:

„Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, haben uns in freier Entscheidung diese Verfassung gegeben, im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg, gründend auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, von dem Willen beseelt, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern, [...]“⁸⁵

Im rechtsrelevanten Teil findet man etwa folgende, eher expressiven denn sanktionierbaren direktiven Äußerungen:

„Die Hausarbeit, die Erziehung der Kinder, die häusliche Pflege Bedürftiger und die Berufsarbeit werden gleich geachtet.“ (Art. 26 Abs. 4)

„Sport ist ein förderungswürdiger Teil des Lebens.“ (Art. 35)

„Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet.“ (Art. 39 Abs. 3)⁸⁶

Zum Zweiten wird in der öffentlichen Diskussion politisch, nicht juristisch, quasi mit dem Grundgesetz „unterm Arm“ argumentiert.⁸⁷ Vor

⁸¹ Abgedruckt in: Behrmann/Schiele (Hgg.) 1993, S. 1–2 (= „Das Vaterland“, Leitglosse der FAZ v. 16.9.1959), u. S. 2–4 (= „Verfassungspatriotismus“, Leitglosse der FAZ vom 23.5.1979).

⁸² Sternberger 1982, S. 6.

⁸³ Vgl. Behrmann/Schiele (Hgg.) 1993.

⁸⁴ Vgl. Lutz R. Reuter: Verfassungspatriotismus und Verfassungsreform, in: Behrmann/Schiele (Hgg.) 1993, S. 79–130, hier: S. 107.

⁸⁵ Zit. n. Verfassungen der deutschen Bundesländer 1995, S. 229.

⁸⁶ Ebd. S. 236–240.

⁸⁷ Die eschatologische Aufladung der politischen Sprache, an deren Anfang die Stilisierung des Grundgesetzes gestanden habe, warfen 1982 Kurt Biedenkopf und Hans Maier den Linken vor (Wengeler 1995b, S. 392).

allem Artikel 1 hat hier eine eigene Zitiertradition entwickelt, wie man an den Gedenksteinen zweier Außenlager des KZs Neuengamme sehen kann, auf denen allein mit dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ an die Opfer erinnert und zugleich ein mahnender Appell ausgedrückt wird.⁸⁸ Das Grundgesetz ist in einer Weise zum Topos geworden, bei der die ursprüngliche rechtliche Relevanz nur noch dazu dient, das Gewicht der gesellschaftlichen Werte zu erhöhen.⁸⁹

Demokratische Verfassungen scheinen zu adeln, was sie tatsächlich oder vermeintlich in sich bergen. Die Erweiterung der juristischen um die politische Dimension dieser Textsorte machte die Verfassungen unseres Jahrhunderts zu einem politischen Symbol, zu einer säkularen Bibel. Um den sakralisierten Text herum wird in Schwellensituationen ein ritueller Kontext, eine Liturgie arrangiert, mit der dem Text seine Bedeutung zugewiesen wird.

Ein solcher Moment war gekommen, als eine Woche nach Inkrafttreten der Weimarer Verfassung Friedrich Ebert als erster Reichspräsident vereidigt werden sollte. Ich schließe mit dem Bericht des *Berliner Tageblatts* vom 22. August 1919:

„Schon eine Stunde vor dem Beginn der Festsitzung [...] rückte mit klingendem Spiel eine Ehrenkompanie Landesjäger in Paradeuniform auf den Platz: hellgrüne Röcke, weiße Hosen, Stahlhelm, Tornister mit gerolltem Mantel und aufgeschnalltem Kochgeschirr. [...] Kurz vor 5 Uhr fuhr das Auto des Reichspräsidenten vor. Die Kapelle der Landesjäger begrüßte ihn mit dem gemütvollen Jägermarsch: „Ich schieß' den Hirsch“. [...] Als Ebert den Sitzungssaal betrat, begann die Orgel eine Kantate von Bach zu spielen. Im Plenarsaal waren die Tribünen überfüllt. Zahlreiche Damen und Herren der Weimarer Gesellschaft wohnten als Zuschauer der Sitzung bei, dagegen wies das Parkett der Abgeordneten große Lücken auf [...] Gelbe und rote Blumen, dunkelgrüne Lorbeerbäume und Immergrün schmückten sehr reizvoll die ganze Bühne. [...] Während der Orgelklänge führte Präsident Fehrenbach den Reichspräsidenten auf die Bühne, beide im schwarzen Gehrock. Fehrenbach ergriff [...] das Wort, um dem Reichspräsidenten unter Hinweis auf Artikel 42 der Reichsverfassung den Eid auf die Verfassung abzunehmen. Präsident Ebert setzte seine Brille auf und machte sich zum Schwur bereit. – Aber da stellte sich heraus, daß das Exemplar der Verfassung, die man zu dem Akt brauchte, nicht zur Stelle war.“

⁸⁸ Puvogel 1988, S. 299 und 759. – Schreckenberger (1978, S. 86 f.) nennt in seiner juristischen Habilitationsschrift Artikel 1, Abs. 1 GG „ein iconisches Zeichen mit kollektiver Geltung“, das „als deskriptive oder direktive Aussage sinnlos“ sei, und zu dessen affektivem und appellativen Wert auch phonetische Eigenschaften, eine „Poetizität des Ausdrucks“ und eine „gewisse rhetorische Musikalität“ beitrage. Das ist abwertend gemeint.

⁸⁹ So kritisierte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, im Januar 1997 ein „Grundübel unserer Gesellschaft“, nämlich den „Artikel Null des Grundgesetzes: Der Besitzstand der Deutschen ist unantastbar.“ Zit. nach Frankfurter Rundschau vom 16.1.1997, S. 11.

Erst nach einer peinlichen Pause konnte der liturgische Höhepunkt buchstäblich über die Bühne des Weimarer Nationaltheaters gehen.⁹⁰ Der Festakt entfaltete eine beinahe prophetische Symbolik. Nationaler Pomp verdrängte die demokratischen Essentials: das Parlament und die Verfassung. Zwanzig Jahre später war beides aus der nationalen Identität getilgt.

Quellen

Berliner Tageblatt, Januar bis August 1919.

Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes (1951), im Auftrage d. Abwicklungsstelle des Parlamentarischen Rates und des Bundesministers des Innern auf Grun der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates bearb. von Klaus-Berto v. Dömming, Rudolf Werner Füsslein und Werner Matz. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge Bd. 1, hrsg. v. Gerhard Leibholz und Hermann v. Mangoldt. Tübingen.

Heidelberger Tageblatt, Januar bis August 1919.

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1978): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1986): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1990): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 3: Deutsche Verfassungsdokumente 1900–1918. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1992): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919–1933. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).

Verfassungen der deutschen Bundesländer (1995). 5. Aufl. Stand: 1. März 1995. München (Beck-texte im dtv).

Verhandlungen der Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung. Anlagen zu den stenographischen Berichten. Berlin 1919/1920. Insbes. Aktenstück Nr. 391. Mündlicher Bericht des 8. Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs.

Literatur

Anschütz, Gerhard (1927): Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis. 6., unveränderte Aufl. (20.–21. Tsd.). Berlin.

Apelt, Willibald (1964): Geschichte der Weimarer Verfassung. 2., unveränd. Aufl. München.

Behrmann, Günter C./Schiele, Siegfried (Hgg.) (1993): Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach/Ts. (Didaktische Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg).

⁹⁰ Berliner Tageblatt, Morgen-Ausg., vom 22.8.1919, S. 1.

- Benda, Ernst/ Mayhofer, Werner/ Vogel, Hans Jochen (1983): Handbuch des Verfassungsrechts, Berlin.
- Benda, Ernst (1996): Hugo Preuß und Gerhard Leibholz. Von der Weimarer Verfassung zum Grundgesetz. In: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 48. Jg., Heft 4. 1996, 291–302.
- Boldt, Hans (1994/1993): Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 1: 3. Aufl. 1994. Bd. 2: 2., durchgesehene u. erg. Aufl. 1993. München.
- Busse, Dietrich (1992): Recht als Text. Tübingen. (=RGL; 131).
- Dingel, Irene (1994): Art. „Friedrich Naumann“. In: Gerhard Müller (Haupthrsg.): Theologische Realenzyklopädie. Bd. XXIV. Berlin, New York S. 225–230.
- Grimm, Dieter (1988): Deutsche Verfassungsgeschichte 1776–1866. Frankfurt/M. (=Neue Historische Bibliothek edition suhrkamp N.F. 271).
- Hattenhauer, Hans (1994): Europäische Rechtsgeschichte. 2., verbess. Aufl. Heidelberg.
- Heuß, Theodor (1937): Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart, Berlin.
- Klemperer, Victor (1996): Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1918–1924, Bd. 1. Berlin.
- Kröger, Klaus (1988): Einführung in die jüngere deutsche Verfassungsgeschichte (1806–1933). München (=Schriftenreihe der Juristischen Schulung; 102).
- Ladendorf, Otto (1906): Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch. Straßburg u. Berlin.
- Lefebvre, Georges (1939/1989): 1789. Das Jahr der Revolution. Aus d. Franz. von Ulrich Friedrich Müller, München (nach der Neuausg. Paris 1970, 1. Aufl. 1939).
- Naumann, Friedrich (1914): Die Kunst der Rede. Berlin.
- Poetzsch, Fritz (1919): Die Grundrechte in der neuen Reichsverfassung. In: Die Nation. Eine Zeitschrift für Politik. Heft 10, 1. Jg. 1919, S. 28–32.
- Preuß, Hugo (1926/1964): Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss. Hildesheim (Reprograph. Nachdr. d. Ausg. Tübingen 1926).
- Puvogel, Ulrike (Hg.) (1988): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 245), 1. Aufl. Bonn.
- Schreckenberger, W. (1978): Rhetorische Semiotik. Analyse von Texten des Grundgesetzes und von rhetorischen Grundstrukturen der Argumentation des Bundesverfassungsgerichtes. Freiburg, München.
- Smend, Rudolf (1928a/1955): Das Recht der freien Meinungsäußerung (1928). In: ders.: Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze. Berlin, S. 89–118.
- Smend, Rudolf (1928b/1955): Verfassung und Verfassungsrecht (1928). In: ders.: Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze. Berlin, S. 119–276.
- Stammeler, Wolfgang (1950): Zur Wortgeschichte. 1. verankern. In: Muttersprache 5/1950, S. 292–293.
- Sternberger, Dolf (1982): Verfassungspatriotismus. Hannover. (=Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung; Grundfragen der Demokratie, Folge 3).
- Wengeler, Martin (1995a): „Der alte Streit ‘hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft’ ist vorbei.“ Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen. In: Stötzel, Georg/ Wengeler, Martin (Hgg.): Kontroverse Begriff. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 35–91.

- Wengeler, Martin (1995b): „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur. In: Stötzel, Georg/ Wengeler, Martin (Hgg.): *Kontroverse Begriff. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, S. 383–404.
- Weyergraf, Bernhard (1995): Einleitung. In: ders., *Literatur der Weimarer Republik 1918–1933*. München (=Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart; Bd. 8), S. 7–37.
- Wittmayer, Leo (1923): *Reichsverfassung und Politik*. Tübingen (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften; 24).